

Abs.:

.....

.....

Abs.:

Regierung von Oberbayern

Maximilianstraße 39

80538 München

.....,

Ort

Datum

Betreff: Einwendung gegen das geplante Abschiebeterminal am Flughafen München
- Planfeststellungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erhebe ich fristgerecht Einwendung gegen die Planung, den Bau und Betrieb eines geplanten eigenen Abschiebeterminals am Flughafen München.

Mit grosser Besorgnis erfuhr ich davon und wende mich entschieden gegen dieses Projekt.

Begründung:

In meiner Eigenschaft als unmittelbare Nachbar*in bin ich von der Planung subjektiv beeinträchtigt und fordere alle Unterlagen an, die im Planfeststellungsverfahren untersucht werden müssen, bzw untersucht wurden, um mir einen Zugang zu ermöglichen, nachvollziehbar zu verifizieren, wie die genannten Zahlen und Erkenntnisse zustande kamen und frage gleichzeitig an, aus welcher Quelle die Zahlen gewonnen wurden.

Insbesondere möchte ich auf Punkte hinweisen, die meines Erachtens bisher nicht ausreichend in Betracht gezogen wurden:

Subjektive Beeinträchtigung:

1. Durch die geplante zusätzliche Flächenversiegelung ist eine Veränderung des natürlichen Niederschlagsabflusses zu erwarten. Es besteht die konkrete Gefahr, dass das Niederschlagswasser nicht mehr ausreichend versickern kann, es zu erhöhtem Oberflächenabfluss kommt, bestehende Entwässerungssysteme überlastet werden. Die Auswirkungen der geplanten Versiegelung auf den Wasserhaushalt wurden aus meiner Sicht nicht hinreichend untersucht.

Es sind somit erhebliche Beeinträchtigungen meines Grundstücks / des durch mich bewohnten Grundstücks zu befürchten, insbesondere Vernässung von Böden und Gärten, Schäden an baulichen Anlagen (insbesondere Kellerbereiche), Einschränkungen der Nutzung von Anbauflächen. Auch die Flora und der Anbau von Nahrungsmitteln etc. in der Nachbarschaft werden in Mitleidenschaft gezogen.

Das Vorhaben hat somit erhebliche unmittelbare Auswirkungen auf mein Eigentum/ ungestörte Nutzung der durch mich angemieteten Wohnung.

2. Sowohl während der Bauphase als auch im späteren Betrieb ist mit zusätzlichen Belastungen zu rechnen, insbesondere durch Baulärm, Erschütterungen und Baustellenverkehr, erhöhtes Verkehrsaufkommen (insbesondere durch Transport- und Einsatzfahrzeuge), zusätzliche Lärm- und Abgasbelastung durch betriebliche Abläufe auch in sensiblen Tageszeiten. Diese Einwirkungen gehen über das bisherige Maß hinaus und beeinträchtigen nicht nur die Nutzung meines (angemieteten) Grundstücks / meiner (angemieteten) Wohnung / meines (angemieteten) Hauses erheblich, sondern führen insgesamt zu einer spürbaren Verschlechterung der Wohn- und Lebensqualität.

3. Durch die zusätzliche Bebauung, die zunehmende Verdichtung sowie die fortschreitende Versiegelung ist eine Veränderung des Gebietscharakters hin zu einer stärker technischen und infrastrukturell geprägten Nutzung zu erwarten. Hierdurch kommt es zu einer weiteren Verdichtung der Umgebung, einer Annäherung an einen industrieähnlichen Nutzungsscharakter, einem Verlust nicht nur an Wert sondern vielmehr an Wohn- und Aufenthaltsqualität.

Diese Entwicklung ist insbesondere insoweit relevant, als sie mit konkreten zusätzlichen Immissionen und Belastungen einhergeht und damit die Nutzung meines (angemieteten) Grundstücks / meiner (angemieteten) Wohnung / meines (angemieteten) Hauses weiter beeinträchtigt.

4. Das Vorhaben betrifft ein Gebiet mit hoher ökologischer Bedeutung u.a. Naturschutzgebiete 2000, mitunter auch ein Vogelschutzgebiet, welches die höchste Schutzstufe genießt. Dennoch wurden u.a. die erheblichen Auswirkungen des Vorhabens auf die Vogelbrutrevier, das Vogelleben und die Vogelpopulationen nicht hinreichend berücksichtigt.

Das Vertreiben und Verändern der Vogelleben wirkt sich wiederum negativ auf das ökologische Gleichgewicht und das unmittelbare Wohnumfeld, insbesondere durch Veränderungen im Bereich von Landwirtschaft und Gartenbau, verändertes Schädlingsverhalten, Veränderungen des lokalen Mikroklimas, mithin auch mein unmittelbares Wohnumfeld und führen zu einer konkreten Beeinträchtigung der Nutzung meines (angemieteten) Grundstücks / meiner (angemieteten) Wohnung / meines (angemieteten) Hauses sowie der zugehörigen Außenflächen.

5. Die dauerhafte Konfrontation mit den dort stattfindenden Vorgängen in unmittelbarer Sicht- und Hörweite oder selbst die Kenntnis hiervon führt zu einer zusätzlichen Belastungssituation, die über die üblichen Auswirkungen eines Infrastrukturvorhabens hinausgeht. Die Durchführung der Abschiebungen vom geplanten Terminal empfinde ich als eine erhebliche und dauerhafte psychische Belastung. Der emotionale Stress, der durch das ständige Erleben von Massenabschiebungen von Menschen entsteht, die unfreiwillig und teils ohne juristische

Abklärung, unter teils unfairen oder nicht-humanitären Sachverhalten stattfinden werden, führt zu erheblicher psychischer Beeinträchtigung und kann sich auch auf die psychisch-seelische Gesundheit auswirken, sobald eine entsprechende Intensität und Dauer erreicht wird. Die psychisch Gesundheit ist als Teil der durch Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG geschützten körperlichen und seelischen Unversehrtheit zu berücksichtigen, die hier gefährdet ist.

Erschwerend hinzu kommt, dass die zunehmende öffentliche und gesellschaftliche Zuspitzung des Themas Abschiebung geeignet ist, sich auf das unmittelbare Wohnumfeld auszuwirken. Es ist zu erwarten, dass hierdurch bestehende nachbarschaftliche Strukturen belastet werden und sich Konfliktpotenziale im sozialen Umfeld verstärken. Dies kann zu einer angespannten Wohnsituation führen, die sich auch auf das Sicherheits- und Ruheempfinden der Bewohner*innen auswirkt. Solche Entwicklungen können unmittelbar die Wohn- und Aufenthaltsqualität beeinträchtigen und sind daher im Rahmen der Gesamtabwägung zu berücksichtigen.

Meine Forderung ist:

Durch die oben genannten Punkte entsteht eine gefährliche Entwicklung sowohl in meiner persönlichen Umgebung als auch in der demokratischen Gesellschaft, daher fordere ich Sie und die zuständigen Behörden auf, meine Einwendung im Planfeststellungsverfahren zum Abschiebeterminal München zu bearbeiten. Auch erscheint mir die bisherige schalltechnische Stellungnahme nicht ausreichend, daher muss ein neues ausführliches Gutachten zu dem erhöhten Flugbetrieb und der dadurch entstehenden Störung von unabhängigen Instituten erstellt werden. Des weiteren beantrage ich, einen Erörterungstermin anzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

.....
(handschriftliche Unterschrift)

.....,
(Ort Datum)